

## Nein zur atomaren Abschreckung!

Evangelische Christen fordern mehr Engagement der EKD

Joachim Garstecki

**60** in der kirchlichen Friedensarbeit engagierte Christinnen und Christen haben am 1. Februar den Aufruf „Ein Nein ohne jedes Ja zu Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ veröffentlicht. Der Aufruf würdigt das Inkrafttreten des UN-Atomwaffenverbotsvertrages am 22. Januar 2021 als Ereignis von historischer Bedeutung, da die ausdrückliche völkerrechtliche Ächtung der Drohung mit Kernwaffen auch eine Delegitimierung der atomaren Abschreckung bedeutet. Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Renke Brahms, hat in einer Pressemitteilung vom 18. Januar 2021 im Hinblick auf den UN-Verbotsvertrag betont, er sehe sich einig mit der weltweiten Christenheit, „dass Atomwaffen friedensethisch nicht mehr zu rechtfertigen sind“, aber jeglichen Bezug auf die atomare Abschreckung als Mittel der Kriegsverhütung vermieden.

Die Initiatoren des Aufrufs vom 1. Februar meinen: „Was fehlt, ist die Forderung nach Abkehr von der Doktrin der atomaren Abschreckung“. Abschreckung ist eine Strategie der Kriegsverhütung, die auf Androhung „gegenseitig gesicherter Vernichtung“ der Atommächte USA und Sowjetunion und ihrer Verbündeten basierte, falls die Abschreckung versagen sollte. Von den christlichen Kirchen friedensethisch lange Zeit als „Gnadenfrist“ geduldet, hat sich die kriegsverhütende Funktion der atomaren Abschreckung inzwischen in Richtung Kriegsführung – und damit in ihr Gegenteil – verkehrt. Die christliche Friedensethik hat diese Strategie zum Zwecke der Kriegsverhütung zunächst geduldet, heute ist sie überzeugt, dass unter der Drohkulisse von Atomwaffen kein nachhaltiger Frieden entstehen kann. Die Friedensdenkschrift der EKD von 2007 zog daraus die Konsequenz: „Aus der Sicht evangelischer Friedensethik kann die Drohung mit Nuklearwaffen *heute nicht mehr* als Mittel legitimer Selbstverteidigung betrachtet werden.“ Die politischen und strategischen Folgen aus dieser Einsicht blieben aber ungeklärt. Das „Parlament“ der EKD, die EKD-Synode, verabschiedete 2019 in Dresden eine Friedenskundgebung, in der man aber das Ziel „Überwindung der atomaren Abschreckung“ vergebens sucht. Damit fällt die EKD friedensethisch auf die Position von 1959 zurück, wonach die Beteiligung an dem Versuch, Frieden mit Atomwaffen zu sichern, „*als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise*“ qualifiziert wird (Heidelberger Thesen, Nr. VIII). Es entsteht der

Eindruck, die EKD wolle sich unter dem Leitbild „Gerechter Frieden“ am Problem der atomaren Abschreckung vorbeimogeln.

Die Mitgliedskirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR waren, gestützt auf ihre Friedensarbeit und ökumenische Kooperationen, einen eigenen Weg gegangen. Angesichts der geplanten „Vor- und Nachrüstung“ mit atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa begannen sie 1982 einen intensiven theologischen und friedensethischen Dialog. Auf der Bundessynode 1987 in Görlitz sprachen sie sich für eine „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ durch Massenvernichtungswaffen als verbindliches Bekenntnis ihrer Kirchen aus. Die Ökumenische Versammlung von 16 beteiligten Kirchen in der DDR nahm 1989 diese Position mit dem Satz auf: „Wir erteilen Geist, Logik und Praxis der auf Massenvernichtungsmitteln gegründeten Abschreckung eine Absage.“ Sie benannte konkrete Schritte für die Überwindung des Abschreckungssystems durch ein System gemeinsamer Sicherheit und schloss sich damit dem Bericht der Palme-Kommission von 1982 an.

Die „Absage“ der Brüder und Schwestern in der DDR an die atomare Abschreckung wurde in der EKD mit Unverständnis quittiert und als „DDR-Sondergut“ behandelt. Ihre Bedeutung als theologisch qualifizierte Antwort auf Atomrüstung und atomare Abschreckung wird bis heute ignoriert. Das sollte sich ändern, denn der Beschluss von Görlitz 1987 ist hochaktuell. Er gewinnt im Kontext des Atomwaffenverbotsvertrages eine ganz neue Anschlussfähigkeit an internationale Politik und Völkerrecht – auch wenn der Vertrag bisher nur für 52 Staaten verbindlich ist. Seine unverhoffte politische Relevanz bestätigt, was die Kirchen in der DDR in der Friedensfrage stets vertreten haben „und was sich inhaltlich theologischer Einsicht verdankt und nicht der Tatsache, dass die Kirche nicht an der politischen Macht beteiligt war“, so Werner Krusche, der von 1968 bis 1983 Bischof der Kirchenprovinz Sachsen in Magdeburg war. 🌐

*Zum Aufruf im Internet: <https://nein-zur-atomaren-abschreckung.de>.*



**Joachim Garstecki**

geb. 1942, Dipl.-Theologe, katholischer Theologe und Friedensethiker,  
1991-2000 Generalsekretär von Pax Christi

[i.garstecki@t-online.de](mailto:i.garstecki@t-online.de)